



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DIE POLNISCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

- ANALYSE
  - Klimawandel oder Zwischenhoch?
  - Die neue Sachlichkeit in den polnisch-russischen Beziehungen 2
  - Kai-Olaf Lang, Berlin
- TABELLEN UND GRAFIKEN
  - Polnisch-russische Handelsstatistik 9
  - Die polnische Sicht auf die polnisch-russischen Beziehungen 12

---

- CHRONIK
  - Vom 15. Juni bis zum 05. Juli 2010 16

*Die nächste Nummer erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, dem 7. September 2010.  
Die Redaktion wünscht ihren Lesern eine erholsame Sommerzeit.*

## Analyse

### Klimawandel oder Zwischenhoch?

#### Die neue Sachlichkeit in den polnisch-russischen Beziehungen

Kai-Olaf Lang, Berlin

#### Zusammenfassung

Polens Beziehungen zu Russland haben sich in jüngster Vergangenheit spürbar verbessert. Das traditionell belastete Verhältnis zwischen beiden Ländern scheint sich im Geist einer neuen Kooperationsbereitschaft zu entwickeln. Die Tragödie von Smolensk hat den polnisch-russischen Beziehungen nochmals einen positiven Schub verliehen: Die Empathie der russischen Öffentlichkeit und wichtige Gesten seitens der russischen Führung haben Polen zumindest kurzfristig ein neues, menschlich-emotionales Gesicht Russlands gezeigt. Trotz eines neuen Pragmatismus im Umgang miteinander und einer ungewohnten Offenheit gerade bei historisch fundierten Streitfragen ist es aber noch zu früh, von einem Wendepunkt in den polnisch-russischen Beziehungen zu sprechen: Querelen über sicherheitspolitische Themen oder energiepolitische Konflikte können über kurz oder lang zurückkehren.

Nach dem 10. April 2010 entdeckte Polen ein neues Gesicht Russlands. An diesem Tag verunglückte Polens Staatspräsident Lech Kaczyński und mit ihm hochrangige Vertreter der politischen und gesellschaftlichen Elite bei einem Flugzeugabsturz auf russischem Gebiet. Die Maschine, die im Landeanflug auf die Stadt Smolensk verunglückte, sollte das polnische Staatsoberhaupt und seine Begleiter zu einer Gedenkfeier im Wald von Katyn bringen. Dort waren 70 Jahre zuvor Tausende polnischer Offiziere durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD ermordet worden. Das von der Katastrophe schockierte Polen nahm die russischen Reaktionen mit Dankbarkeit und einer beträchtlichen Verwunderung wahr. Polnische Medien berichteten ausführlich über die authentische Anteilnahme der russischen Gesellschaft, von zahllosen Beileidsbekundungen einfacher Menschen, von der detaillierten Berichterstattung in russischen Zeitungen, aber auch von den Gesten des offiziellen Moskau. Eine Situation hatte dabei besondere Symbolkraft: Ministerpräsident Wladimir Putins spontane Umarmung seines polnischen Amtskollegen Donald Tusk an der Unglücksstelle unmittelbar nach der Havarie. Putin, der für die polnische Öffentlichkeit bis dahin die Inkarnation einer kalten russischen Interessenpolitik war, zeigte plötzlich ein menschliches Gesicht. Die Polen, so der polnische Russland-Experte Bartłomiej Sienkiewicz, hätten in diesem dramatischen Moment nicht das gewohnte Bild eines Russland der schwerreichen Oligarchen, der Armee und des Unterdrückungsapparates gesehen, sondern »einem Russland der Emotionen, des Mitgefühls, der menschlichen Hilfsbereitschaft und der Solidarität« in die Augen geblickt.

Doch dieses andere Russlandbild wurde bald angezweifelt. In der gesellschaftlichen und politischen Dis-

kussion wurden Fragen gestellt, die in den ersten Tagen nach dem 10. April nicht aufgetaucht waren. Ist Russland bei der Aufklärung der Absturzursachen kooperativ? Sollte nicht besser eine internationale Untersuchungskommission zur Klärung der Umstände eingesetzt werden? Gab es im Zusammenhang mit der Katastrophe Fehler auf russischer Seite? Diese Zweifel kamen und kommen vorwiegend aus einem bestimmten ideologischen Milieu, und zwar von denjenigen, die dem verstorbenen Staatspräsidenten und seinem Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński politisch nahestehen. Diese standen dem schon seit längerem verfolgten pragmatischen Ansatz des polnischen Regierungslagers kritisch gegenüber. Doch die Wiederkehr der Russlandskepsis im Zusammenhang mit der Tragödie von Smolensk hat nicht nur eine innenpolitische (durch die notwendig gewordenen Präsidentschaftswahlen noch verschärfte) Komponente. Vielmehr geht es um die Frage, ob sich nach einer seit einiger Zeit zu beobachtenden Versachlichung in den polnisch-russischen Beziehungen ein dauerhafter Neuanfang, eine Art Klimawandel abzeichnet oder ob es sich lediglich um eine kurzfristige Stimungsverbesserung, ein »Zwischenhoch« handelt, das bald wieder von trübereis Wetterlagen verdrängt wird.

#### Spannungen und Konflikte

Polens Beziehungen zu Russland waren nicht immer schlecht, aber sie waren niemals vertrauensvoll oder kooperativ. Dies gilt ganz allgemein für das Verhältnis beider Länder in den zurückliegenden vier Jahrhunderten, aber auch speziell für die letzten zwei Jahrzehnte, für eine Phase also, in der Polen sein ausgeprägtes Schutzbedürfnis gegenüber Russland durch die Einbindung in effiziente westliche Solidarstrukturen

und eine aktive Ostpolitik zu befriedigen suchte. Russland reagierte auf derlei – aus seiner Sicht irritierende – Bestrebungen mit Verhinderungsinitiativen, Machtgesten oder mehr oder minder realen »Strafmaßnahmen«. Die Spannungen, die sich hieraus ergaben, waren zweifelsohne prägend für den Umgang beider Länder miteinander. Polen, so sah es aus, importierte sein konfliktträchtiges bilaterales Verhältnis zu Russland in die EU und NATO, Russland antwortete, indem es Polen von seinen westlichen Partnern zu isolieren und sein politisches Gewicht in beiden Organisationen zu reduzieren suchte. Exemplarisch für die neue Situation war der polnisch-russische »Fleischkonflikt«. Nachdem Russland ein Embargo gegen die Einfuhr polnischer Lebensmittel verhängt hatte, blockierte Warschau Ende 2006 in der EU das Mandat für Verhandlungen mit Russland über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Auf diese Weise wurde eine bilaterale polnisch-russische Querele auf die Ebene EU-Russland gehoben und somit zu einer Angelegenheit der 27 gemacht, mit der sich etwa die Europäische Kommission oder die jeweilige Ratspräsidentschaft zu befassen hatte. Polen wurde zum Veto-Player und damit zu einem Faktor, dessen russlandpolitische Belange von seinen Partnern in der EU (sowie der NATO) in irgendeiner Form berücksichtigt werden mussten.

Die Ursachen für derlei Verwerfungen sind vielschichtig. Doch insbesondere die folgenden Themen- und Konfliktfelder haben bisher immer wieder zu Differenzen geführt.

### **Interessenkonflikte im nachsowjetischen Raum**

Nach 1989 bildete sich in Polen bald ein Konsens über den Umgang mit Russland und dem postsowjetischen Raum heraus. Die Kernüberlegung lautete: Angesichts des Zerfalls der UdSSR und der Entstehung neuer Staaten auf deren ehemaligem Gebiet ist Polen an einer tiefgreifenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umgestaltung der Länder Osteuropas und ihrer Einbindung in die Institutionen des Westens interessiert. Hinter diesem Gedanken stand ein klares geopolitisches Kalkül: Die Gefahr eines von Moskau ausgehenden neoimperialen Rollback sollte durch die Etablierung eines demokratischen und westlich orientierten Staatenglücks zwischen Polen und Russland bzw. durch die Ausweitung der europäischen und transatlantischen Integrations- und Kooperationsverbände nach Osten minimiert werden. Warschau setzte sich daher für die NATO-Mitgliedschaft der baltischen Republiken ein, versuchte, so gut es ging, die unsichere belar-

russische Staatlichkeit zu festigen, vor allem aber trachtete es danach, die Ukraine politisch aufzuwerten und sie an die Strukturen der EU und der NATO heranzuführen. Die Ukraine war und ist dabei ein vorrangiger Partner, ja geradezu eine Mission der polnischen Ostpolitik, denn sie gilt als Eckstein der strategischen Ordnung im nachsowjetischen Bereich.

Seit seiner Mitgliedschaft in der NATO und der EU arbeitet Polen daran, seine ostpolitische Agenda zu einem Bestandteil der Außenpolitik beider Organisationen zu machen. Als EU-Mitglied wirkt Polen darauf hin, die Beziehungen der Union zu den direkten östlichen Anrainern zu vertiefen. So ist Polen Motor der Europäischen Nachbarschaftspolitik und hat (zusammen mit Schweden) 2008 die Östliche Partnerschaft der EU initiiert, einen multilateralen Kooperationsrahmen mit sechs Ländern aus Osteuropa und dem Südkaukasus. Ein deutliches Profil zeigte Polen auch während der Orangen Revolution Ende 2004 in der Ukraine. Polens damaliger Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski spielte dabei als Mediator zwischen den beiden zerstrittenen Lagern eine Schlüsselrolle und trug entscheidend dazu bei, dass die prowestliche Option die Oberhand gewann. Dass Kwaśniewski sein Handeln auch damit begründet hatte, dass Russland ohne die Ukraine kein Imperium sei, bestätigte viele in Russland in ihrer Ansicht, Polen hege vor allem die Intention, Russlands Einfluss in einem strategisch hochrelevanten Bereich zurückzudrängen.

Damit prallen mit Blick auf die Zone zwischen EU/NATO und Russland zwei Ordnungskonzepte und Kooperationsprinzipien aufeinander: Russland empfindet das Engagement der EU und der NATO als Eindringen in ein Areal »privilegierter« russischer Interessen. Polen wiederum pocht auf den Grundsatz der souveränen Entscheidungsfreiheit und lehnt ein limitierendes Mitspracherecht Russlands bei der Ausgestaltung der Kooperationsbeziehungen dieser Länder mit dem Westen ab. Der aktive ostpolitische Ansatz und das traditionell enge Verhältnis zu den USA musste Polen daher aus russischer Sicht als treibende Kraft einer Infragestellung der russischen Suprematie im postsowjetischen Raum erscheinen lassen.

### **Energiepolitische Differenzen**

Verglichen mit anderen Ländern im östlichen Teil des Kontinents hält sich Polens energiewirtschaftliche Abhängigkeit von Russland im Rahmen. Die großen polnischen Energiekonzerne werden nicht von russischen Unternehmen kontrolliert. Polens Strom- und Wärmeerzeugung basiert fast ausschließlich auf heimischer Kohle (was sich



allerdings in den nächsten Jahren aufgrund der klimapolitischen Vorgaben der EU ändern dürfte). Obwohl Russland über 90 % der polnischen Nachfrage nach Erdöl deckt, sieht man angesichts günstiger infrastruktureller Rahmenbedingungen in diesem Sektor (neben der Transit-Ölpipeline Druzhba besteht mit dem Terminal in Danzig ausreichend Kapazität, um im Bedarf auf alternative Bezugsquellen zurückgreifen zu können) kein Versorgungsrisiko im Zusammenhang mit Russland.

Dennoch besteht in Polen ein ausgeprägtes Gefühl der energiewirtschaftlichen Verwundbarkeit durch den großen Nachbarn im Osten. Diese Befürchtung resultiert vor allem aus den Abhängigkeiten bei der Gasversorgung, da rund zwei Drittel des gesamten Bedarfs und mehr als 90 % der eingeführten Erdgasmenge aus Russland stammen und man durch langfristige Verträge an den russischen Energieriesen Gazprom gebunden ist. Überdies kann Polen gegenwärtig kaum auf Alternativen zurückgreifen. Die Pipelineinfrastruktur ist auf den Import von Gas aus dem Osten ausgerichtet; von den etwa 10 Mrd. m<sup>3</sup>, die jährlich eingeführt werden, kann maximal eine Milliarde aus westlicher Richtung kommen (über eine Leitung bei Görlitz). Polen ist daher mehrfach Querelen zwischen Russland und der Ukraine bzw. Belarus zum Opfer gefallen. Jüngstes Beispiel sind die Streitigkeiten zwischen Moskau und Minsk über Gaspreise, die Ende Juni 2010 dazu führten, dass sich Belarus auf Kosten Polens (und Deutschlands) schadlos hielt: Russland drosselte die Lieferungen nach Belarus, dieses entnahm das entsprechende Volumen den Transitlieferungen nach Westen.

Was Polens Lage mildert, ist seine Position als Transitland für die Verbringung russischer Energieträger. Abgesehen von der Druzhba-Ölpipeline fungiert die Jamal-Gasleitung als wichtige Transportmagistrale für den Export russischer Brennstoffe nach Westeuropa. Allerdings sieht man die damit verbundene »Transitmacht« schwinden, da der Bau der Nord Stream-Pipeline durch die Ostsee eine Route schafft, auf der Gas an Polen vorbei nach Deutschland und in andere Länder gelangen kann. Zwar hat Russland bekräftigt, den bestehenden Strang der Jamal-Pipeline auch nach Erstellung von Nord Stream nutzen zu wollen (diese diene angeblich nur zusätzlichen Exportmengen), doch die einst geplante Parallelleitung zur ersten Jamal-Pipeline ist hinfällig. Bei möglicherweise sinkender Gasproduktion oder zurückgehender Nachfrage in Westeuropa würden beachtliche Pipelineüberkapazitäten entstehen, die letztlich »Jamal« doch überflüssig machen könnten.

Um den Abhängigkeiten von Russland zu entkommen, will Polen vor allem eines: diversifizieren. Viel

zu lange hat man es versäumt, neue Lieferwege und Bezugsquellen zu erschließen. Neben neuen Verbindungen nach Deutschland und in die Tschechische Republik soll vor allem ein Terminal für Flüssiggas (Liquefied Natural Gas – LNG) in Swinemünde (Swinouście) Abhilfe schaffen. Die Anlage mit einer geplanten jährlichen Importkapazität von bis zu 7,5 Mrd. m<sup>3</sup> soll 2014 in Betrieb genommen werden. Polens Energieversorger PGNiG hat gegenwärtig Verträge, die die Einfuhr von etwa 1,5 Mrd. m<sup>3</sup> LNG pro Jahr sichern.

Polens Diversifizierungsbestrebungen könnten jedoch nach Ansicht vieler Experten entscheidend unterlaufen werden. In Anbetracht einer sich abzeichnenden Lieferlücke von jährlich 2,3 Mrd. m<sup>3</sup> (der mit Gazprom verbundene Zwischenhändler RosUkrEnergo war ausgefallen) begann PGNiG im Jahr 2009 Gespräche mit Gazprom über eine Änderung bzw. Ergänzung des bestehenden Vertrags zwischen beiden Seiten. Die Verhandlungen wurden Anfang 2010 abgeschlossen und sehen unter anderem eine Verlängerung der Vertragslaufzeit bis 2037 sowie die Erhöhung der Liefermengen von gegenwärtig 8 Mrd. m<sup>3</sup> auf 10,2 Mrd. m<sup>3</sup> vor (was der Kompensation des Lieferdefizits durch RosUkrEnergo entspricht). Der Vertrag (der bis Juni 2010 noch nicht unter Dach und Fach gebracht wurde, da die Europäische Kommission Vorbehalte äußerte) wurde in Polen kontrovers diskutiert. Seitens der Opposition wurde kritisiert, Polen habe sich zu lange an Russland gebunden und werde künftig zu viel und zu teures Gas aus Russland kaufen müssen, womit man sich die Chancen auf eine echte Diversifizierung verbaue.

All diese Debatten wurden in letzter Zeit durch eine neue Diskussion überlagert, die sich um »unkonventionelle« Gasvorkommen dreht. In Polen sollen nach allerdings bisher unbestätigten Schätzungen bis zu 1,3 Billionen m<sup>3</sup> Gas in unterirdischen Gesteinsformationen schlummern. Nach amerikanischem Vorbild sollen diese Lagerstätten erschlossen werden, um durch dieses »Schiefergas« – so einhellig Außenminister Radosław Sikorski und der als Präsidentschaftskandidat aufgestellte Jarosław Kaczyński – zu einem »zweiten Norwegen« zu werden. Angesichts immenser technologischer, geologischer und ökologischer Ungewissheiten mahnen in Polen aber auch viele Stimmen eine realistische Einschätzung der Situation und Umsicht an.

### Gegensätze in der Sicherheitspolitik

Polens Drang in die NATO war in den 1990er Jahren das übergeordnete sicherheitspolitische Konfliktthema in den Beziehungen zwischen beiden Ländern. Russland sah in der Osterweiterung der Allianz eine Bedrohung

und bemühte sich, eine derartige Neuordnung der strategischen Landschaft in Europa zu verhindern. In Polen ging man davon aus, dass die Aufnahme des Landes in die NATO (die 1997 beschlossen und 1999 vollzogen wurde) zu einer Entspannung im Verhältnis zu Russland führen würde, da Russland durch ein Entgegenkommen bei der Ausgestaltung der künftigen Mitgliedschaft die Kooperationsbereitschaft des Westens sehen konnte (z. B. in der Zusage, keine nennenswerten Truppenkontingente auf dem Gebiet der NATO-Neulinge zu stationieren). Auch hoffte man, dass Moskau nach der NATO-Erweiterung sehen würde, dass das nunmehr größere Bündnis tatsächlich keine Konfrontation mit Russland anstrebt.

Doch ein solcher Effekt stellte sich keineswegs ein, im Gegenteil. Das Thema NATO-Erweiterung blieb weiterhin ein Zankapfel nicht nur zwischen der Allianz und Russland, sondern auch zwischen Polen und Russland. Polen nämlich erwies sich als eine der Triebkräfte für die Aufnahme weiterer Länder – auch aus dem nachsowjetischen Raum. Reibungen ergaben sich nicht zuletzt daraus, dass Polen trotz seiner Mitgliedschaft in der NATO weiterhin beachtliche Sicherheitsdefizite sah. Deswegen wird vor allem in zwei Richtungen gearbeitet. Zum einen möchte Polen nach offen formulierten Zweifeln an der Effizienz der NATO eine privilegierte sicherheits- und verteidigungspolitische Verflechtung mit den USA erreichen. Diesem sollen die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit (Kauf von F-16 Kampffjets), das Engagement an der Seite Washingtons in weltweiten Kampf- und Stabilisierungsmissionen (Irak) und vor allem die Präsenz US-amerikanischer Soldaten und Militäranlagen auf polnischem Territorium dienen. Das wichtigste Ziel hierbei ist die Stationierung von Elementen eines US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen – ein Projekt, das von Russland scharf kritisiert wurde, da es angeblich zur Störung des strategischen Gleichgewichts in Europa führe. Die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk, die diesem Vorhaben zunächst ambivalent gegenüberstand, änderte ihre Haltung unter dem Eindruck des Georgien-Kriegs und unterzeichnete im August 2008 ein diesbezügliches Abkommen mit den USA. Obwohl von polnischer Seite stets abgestritten worden war, dass der Raketen-schild etwas mit Russland zu tun habe (Anlass des amerikanischen Vorhabens waren und sind mögliche Bedrohungen aus dem Mittleren Osten), bestätigte sich, dass genau diese Motivation im Vordergrund stand: Amerikanische Abwehrraketen in Polen, so die Überlegung, seien angesichts offensichtlicher Schwächen der NATO eine Art Versicherungspolice gegenüber Russland.

Auch nachdem die Regierung von Barack Obama am 17. September 2009 die Aufgabe der bisherigen Pläne zur Raketenabwehr bekanntgegeben hatte, wurde in Polen auf die Umsetzung all derjenigen Projekte gepocht, die im Abkommen vom Sommer 2008 mit den USA vereinbart worden waren. Dazu gehört etwa der hochrangig besetzte sicherheitspolitische Dialog zwischen beiden Ländern oder die Stationierung einer Patriot-Raketenbatterie auf polnischem Gebiet.

Die zweite wichtige Dimension der polnischen Sicherheitspolitik hat mit der strategischen Ausrichtung der NATO zu tun. Wie auch andere »jüngere« Staaten der Allianz sieht sich Polen in vielerlei Hinsicht als zweitklassiges Mitglied. Ohne präzise NATO-Einsatzpläne für den Verteidigungsfall und ohne verbündete Truppen auf eigenem Territorium seien die Beistandsgarantien des Art. 5 wenig wirksam. Für Polen und andere Mitgliedstaaten aus der Region müsse das gleiche Regelwerk wie für alle anderen Verbündeten gelten, da sonst eine »NATO der zwei Geschwindigkeiten« drohe, so Polens in Smolensk verunglückter Generalstabschef Franciszek Gajgor. Überdies dürfe man angesichts der wachsenden Bedeutung weltweiter Krisen- und Stabilisierungsoperationen nicht die traditionellen Aufgaben der Territorialverteidigung vergessen. Bei der Neuformulierung des strategischen Konzepts der NATO müsse daher festgeschrieben werden, dass die Hauptaufgabe der Allianz auch in Zukunft die gemeinsame Verteidigung des Bündnisgebiets bleibe.

### **Streit um die Vergangenheit und Versöhnungsversuche**

Insbesondere die tragische Geschichte des 20. Jahrhunderts hat die polnisch-russischen Beziehungen nach 1989/1991 immer wieder negativ beeinflusst. Wann bekennt sich Russland zu seiner Verantwortung für die Beteiligung an der »vierten polnischen Teilung« im September 1939? Wann findet Moskau angemessene Worte zu den Massakern in Katyn, bei Charkow und in Mednoje, wo im Frühjahr 1940 Tausende polnischer Offiziere vom sowjetischen Geheimdienst ermordet wurden? Wie stellt sich Russland zum Verhalten der Roten Armee während der Niederschlagung des Warschauer Aufstands im August 1944? Wie sieht Russland die Ordnung von Jalta – als System, das Stabilität und Frieden in Europa verbürgte, oder als repressiven Rahmen, der den Ländern in Ostmittel- und Osteuropa die Freiheit und Souveränität nahm? Diese und viele andere Fragen wurden aus polnischer Sicht lange Zeit gar nicht oder nur unbefriedigend beantwortet. Häufig führten daher die großen historischen Überhänge zu manifesten Zer-



würfnissen im polnisch-russischen Verhältnis. Polen sah auf russischer Seite die Verweigerung des Dialogs und prangerte die angeblich mangelnde Kooperationsbereitschaft an. Russland konterte und wies auf vermeintliche »weiße Flecken« im polnischen Vergangenheitsdiskurs hin, etwa auf das Schicksal russischer Kriegsgefangener, die im »polnisch-bolschewistischen Krieg« zwischen 1919 und 1921 in polnischen Lagern zumeist aufgrund schlechter hygienischer Bedingungen ums Leben gekommen waren. Auch wurde bemängelt, dass Polen den Beitrag der Sowjetunion und der Roten Armee beim Sieg über das nationalsozialistische Deutschland nicht ausreichend würdige.

Gerade um Jahrestage herum kam es denn auch oft zu Streitigkeiten, beispielsweise als sich 2005 das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 60. Mal jährte und Polens Staatspräsident bei den Feierlichkeiten in Moskau (an denen er trotz innerpolnischer Bedenken teilnahm) wenig protokollarische und inhaltliche Würdigung zuteil wurde. Umso erstaunlicher muten Zeichen einer konstruktiven Haltung an, die in jüngerer Zeit wahrzunehmen waren. Einen wichtigen Markstein stellt insbesondere die Rede des russischen Ministerpräsidenten Putin auf der Westerplatte in Danzig zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs dar sowie sein unmittelbar zuvor in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« veröffentlichte »Brief an die Polen«. 70 Jahre nach Kriegsbeginn verurteilte der russische Regierungschef darin den Ribbentrop-Molotow-Pakt und dessen »unmoralischen Charakter«. Zwar gingen Putins Aussagen manchen polnischen Beobachtern nicht weit genug, doch insgesamt wurden die offenen Worte äußerst positiv aufgenommen.

Putins Ausführungen zum September 1939 bilden jedoch nur ein Element in einer Reihe von neuen Dialoginitiativen. So wurde zuvor die lange ruhende »Polnisch-russische Gruppe für schwierige Fragen« aktiviert. Das unter dem Vorsitz des polnischen Ex-Außenministers Adam Rotfeld und des Leiters des Moskauer Staatsinstituts für Internationale Beziehungen (MGIMO) Anatolij Torkunov tagende Gremium befasst sich mit strittigen Fragen der Vergangenheit und versucht, Leitlinien für eine Verständigung über Themen wie Katyn zu formulieren. Auch die Kirchen aus beiden Ländern sind in einen regen Austausch getreten. Die Oberhäupter der katholischen Kirche Polens und der russisch-orthodoxen Kirche bereiten einen gemeinsamen Brief vor, welcher in Anlehnung an das Dokument der polnischen und deutschen Bischöfe aus dem Jahr 1965 beiderseitige Schuldeingeständnisse und die Bereitschaft zur Vergebung beinhalten soll. Während des Trauergottesdienstes für Staatspräsident Lech Kaczyński in der Marien-

basilika in Krakau sprach der Krakauer Kardinal Stanisław Dziwisz von den »russischen Brüdern« und rief zu einem »großmütigen Dialog« auf. Der Moskauer Patriarch Kyrill, der der russisch-orthodoxen Kirche vorsteht, besuchte nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk die Gedenkstätte von Katyn und erklärte, diese solle zu einem »Ort des gemeinsamen Gebets der Russen und Polen« werden.

Vielleicht ist es kein Zufall, dass gerade Katyn, das bislang die schwärende Wunde im polnisch-russischen Geschichtsdiskurs war, zum Symbol für eine neue Qualität im gemeinsamen Umgang werden musste. Immerhin hatte sich Putin nach seiner Rede auf der Westerplatte zu einem weiteren wichtigen Schritt entschieden, nämlich zur Teilnahme an der Gedenkfeier in Katyn am 7. April 2010 mit seinem polnischen Amtskollegen Tusk. Doch vielleicht noch wichtiger als dies war die Entscheidung des russischen Staatsfernsehens nach dem Flugzeugunglück von Smolensk: Zur Hauptsendezeit wurde der Film »Katyn« des bedeutenden polnischen Regisseurs Andrzej Wajda gezeigt und die Problematik somit einer breiten russischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In Polen sah man darin auch einen wichtigen Beitrag zur Initiierung einer innerrussischen Debatte über dieses Thema sowie über den Stalinismus im weiteren Sinn.

Polens Interesse an einer transparenten und einvernehmlichen Aufarbeitung kontroverser historischer Fragen geht weit über die eigentlichen Inhalte der jeweiligen Probleme hinaus. Denn letztlich betrachtet man Russlands kritische Reflexion der eigenen Vergangenheit als eine Voraussetzung für seine Modernisierung und seine Fähigkeit zur Partnerschaft mit dem Westen.

### **Eine neue Russlandpolitik?**

Die Regierung von Donald Tusk hat sich auf ihre Fahnen geschrieben, die Beziehungen zu Russland nachhaltig zu verbessern. Bereits in seiner Regierungserklärung vom November 2007 hatte Tusk seinen Ansatz skizziert: Polen müsse den Dialog mit einem Russland führen, »wie dieses eben sei«. Tusk formulierte somit eine Politik, die trotz beachtlicher Interessenunterschiede pragmatisch mit Russland umgehen möchte, ohne hierfür größere Vorbedingungen zu stellen. Außenminister Sikorski nannte dies später das Abrücken von einer »Politik der dauerhaft hochgezogenen Zugbrücke«. In der Tat ergab sich seither eine neue Entspannung zwischen beiden Ländern und die Tragödie von Smolensk brachte zumindest vorübergehend einen positiven emotionalen Impuls für die polnisch-russischen Beziehungen.

Doch wie steht es um Nachhaltigkeit und Intensität des Neuanfangs? Der Erhellung dieser Frage dürfte ein

Blick auf die Ursachen für die positive Dynamik zwischen beiden Ländern dienen. Diese gründet sich einerseits auf veränderte bilaterale Ansätze sowohl in Polen als auch in Russland. Während Polens neue Sachlichkeit ohne den Regierungswechsel von 2007 nicht möglich gewesen wäre, kam es in Moskau offensichtlich zu einer Neueinschätzung der polnischen Rolle in der russischen Europapolitik und in den Beziehungen zum Westen insgesamt. Polens seit Ende 2007 einsetzende Rückkehr zum Mainstream der europäischen Politik, sein wachsender Einfluss in der EU und seine verbesserten Beziehungen zu Deutschland dürften die außenpolitisch Verantwortlichen in Moskau zu der Schlussfolgerung gebracht haben, dass eine Isolierung Polens in den Strukturen des Westens nicht mehr funktioniert. Vielmehr wird nun darauf gesetzt, Polens Störpotential in der EU durch eine kooperative Beziehung zu reduzieren.

Vielleicht noch wichtiger als diese inneren Rahmenbedingungen in Polen und Russland dürfte jedoch eine Reihe äußerer Faktoren sein, die viele Konfliktthemen zwischen beiden Ländern gegenwärtig entschärfen. Hierzu gehört insbesondere der »Obama-Effekt« und der flexible Umgang der USA mit Russland. Da die Frage der NATO-Mitgliedschaft von Staaten wie der Ukraine oder Georgiens von der Obama-Administration nicht aktiv verfolgt wird, erwächst hieraus wenig Streitpotential zwischen Polen und Russland. Auch der Rückzug der USA vom alten Raketenabwehrprojekt wirkte zunächst beruhigend. Hinzu kommt, dass sich momentan die alten polnisch-russischen Auseinandersetzungen um den ex-sowjetischen Raum in einem anderen Licht darstellen: Nach den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, innenpolitischen Unwägbarkeiten in Georgien und einem gescheiterten Neuanfang der Beziehungen zu Belarus agiert die noch junge Östliche Partnerschaft in einem widrigen Kontext. Vor allem die langjährigen Grabenkämpfe im Lager der »Orangen Kräfte« haben in Polen zu einer Desillusionierung über die Ukraine, teils sogar zu einer *Ukraine-fatigue* geführt. Außenminister Sikorski verkündete im vergangenen Jahr gar den Abschied von der »jagiellonischen Politik«, also dem vorrangigen und prononcierten Engagement zugunsten der direkten östlichen Nachbarn. Auch wenn derlei Äußerungen später relativiert wurden, zeugen sie doch von der großen Ernüchterung über die Entwicklungen im Raum zwischen EU und Russland. Jedenfalls haben sowohl der amerikanisch-russische *Reset* als auch das Erlahmen der Reformbewegungen in Osteuropa sowie im Südkaukasus die Stabilisierung des polnisch-russischen Verhältnisses begünstigt.

Dennoch ist Vorsicht angebracht. Diese externen Determinanten können sich nicht nur wieder ändern, sondern es besteht auch in zentralen Bereichen weiterhin Konfliktstoff, so etwa in der Sicherheitspolitik. Der Georgien-Krieg im Sommer 2008 und die wuchtigen Manöver Ladoga und Zapad, die Russland zusammen mit Belarus im Herbst 2009 in unmittelbarer Nähe der polnischen Grenzen abhielt, ließen militärische Bedrohungen in Polen wieder zu einem Thema werden. Man sollte sich durch vereinzelte Äußerungen etwa von Außenminister Sikorski, der in Gedankenspielen auch Russlands Mitgliedschaft in der NATO nicht ausschließt, nicht täuschen lassen. Derselbe Sikorski hatte noch Ende 2008 unter dem Eindruck des Georgien-Konflikts eine Doktrin formuliert, der zufolge der Westen auf ein eventuelles militärisches Eingreifen Russlands in der Ukraine entschlossen reagieren sollte.

Polens unverdrossenes Drängen auf die Präsenz von NATO-Truppen verärgert Russland weiterhin. Die Stationierung einer Patriot-Batterie im masurischen Mohrungen (Morąg), 60 km westlich von der polnisch-russischen Grenze, erweckte beim russischen Außenminister Sergej Lawrow den Eindruck, dass »Polen sich gegen Russland befestige«. Russische Medien berichteten von möglichen Gegenmaßnahmen, so der Verbringung zusätzlicher taktischer Raketen nach Kaliningrad oder der Verstärkung der russischen Ostseeflotte. Möglicherweise sieht Russland auch in der von den USA angestrebten neuen Version der Raketenabwehr (in die Polen in einer späteren Phase eingebunden werden soll) ein nicht minder großes Risiko als in dem ursprünglich geplanten Schutzschild.

Auch in Energiefragen könnten sich in den nächsten Jahren wieder handfeste Gegensätze auftun. Was geschieht, wenn Polen angesichts einer Überkontraktierung mit Gas das im Vertrag mit dem russischen Gaskonzern Gazprom festgelegte Reexportverbot als binnenmarktwidrig betrachtet und russisches Erdgas einfach weiterverkauft? Oder wie werden sich mögliche Unstimmigkeiten um Transitgebühren bei der Jamal-Gaspipeline auswirken, wenn in Zukunft (wie nun zwischen beiden Seiten vereinbart) Gazprom und PGNiG den Eigentümer der Leitung, die Firma EuRoPolGaz, paritätisch kontrollieren?

### »Normalisierung« und Engagement in der EU

Natürlich ist sich auch das Regierungslager in Polen dessen bewusst, dass im Verhältnis zu Russland grundlegende Interessendifferenzen fortbestehen. In der Praxis wird daher, wie es scheint, eine Politik der »Nor-

malisierung« der bilateralen Beziehungen verfolgt, die im Wesentlichen im Ausbau von drei tragenden Säulen des Miteinanders besteht: Erstens sollen die Wirtschaftsbeziehungen intensiviert werden. Polnischen Firmen soll insbesondere ein besserer Zugang zum russischen Markt gewährt werden. Zwar nahmen die Ausfuhren nach Russland in den letzten Jahren bis zum Ausbruch der Finanzkrise stetig zu, doch will man durch mehr Exporte nicht zuletzt das beachtliche Handelsbilanzdefizit reduzieren, das durch die Einfuhr russischer Energieträger entsteht (der Handel mit Russland machte 2009 etwa ein Fünftel des polnischen Handelsbilanzdefizits aus, nach Russland gingen 2008 5,2 % der polnischen Exporte, 2009 nur noch 3,3 %). Nach dreijähriger Pause fand im Frühjahr 2009 denn auch wieder ein Treffen der Polnisch-Russischen Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Zweitens soll der Dialog über historische Themen vertieft werden. Die Vorsitzenden der Gruppe für schwierige Fragen haben hierzu u. a. den Vorschlag unterbreitet, gemeinsame Institutionen in beiden Ländern einzurichten. Drittens sollen die politischen und administrativen, aber auch die zivilgesellschaftlichen Kontakte verstärkt werden. So kam es im Frühjahr 2010 erstmals zu einer gemeinsamen Sitzung der Außenausschüsse des Sejm und der Duma. Die Justizminister beider Länder unterzeichneten Anfang Juni 2010 ein Abkommen über eine bessere Zusammenarbeit beider Ressorts. Angestrebt wird eine engere Kooperation in Straf- und Zivilangelegenheiten. Im September 2009 fand in Moskau ein Forum der Regionen statt, an dem Vertreter der 16 polnischen Woiwodschaften und der russischen Regionen teilnahmen. Ein besonderes Augenmerk wird auch auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Kaliningrad gelegt (hierzu besteht ein gesonderter polnisch-russischer Kooperationsrat, der sich im Februar 2010 zum zehnten Mal traf; Polen strebt u. a. eine Ausweitung der Bestimmungen für den kleinen Grenzverkehr auf die Stadt Kaliningrad an, die außerhalb der hierfür vorgesehenen Zone liegt).

Diese Normalisierungspolitik auf bilateraler Ebene wird flankiert von Polens russlandpolitischem Engagement auf multilateraler Ebene, vor allem in der NATO und der EU. Polen verfolgt hier nach wie vor einige Essentials, vor allem wendet es sich gegen eine übermäßige Offenheit gegenüber Moskau, wenn es um Fragen der Neugestaltung der europäischen oder paneuropäischen Sicherheitsordnung geht. Über solche oder ähnliche Dialogstrukturen soll Russland vor allem kein Mitentscheidungsrecht über die außenpolitische Orientierung Dritter wie etwa der Ukraine eingeräumt werden.

Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft plädiert Warschau mittlerweile für eine aktive, projektgebundene Einbeziehung Russlands. Beispielsweise schlug Polen auf dem Treffen der Außenminister der EU und der Östlichen Partnerschaft in Zoppot (Sopot) am 24. Mai 2010 die Gründung einer Gruppe der »Friends of the Eastern Partnership« vor, der auch Russland angehören soll. Jedoch soll Russland hieraus kein Anspruch auf Mitgestaltung der Beziehungen zwischen der EU und ihren östlichen Partnerstaaten erwachsen. Warschauer offizielle Politik unterstützt gegenwärtig auch die Idee einer Modernisierungspartnerschaft der EU mit Russland, wenngleich informell Zweifel an der Wirksamkeit und am Grundansatz einer Politik geäußert werden, die von der Erfüllung klar formulierter Bedingungen absieht.

### **Klimawandel oder Zwischenhoch?**

Blickt man auf die Beziehungen Polens zu Russland, wird sichtbar, dass nach 1989/1991 trotz langer Konfliktphasen auch Ansätze des Dialogs und der Zusammenarbeit möglich waren. Immerhin realisierten beide Seiten mit dem Bau und der Inbetriebnahme der Jamal-Gaspipeline, die von Russland über Belarus und Polen nach Deutschland führt, eine Gemeinschaftsinvestition mit strategischem Charakter. Polnische Firmen entdeckten nach einer Phase der systemwechselbedingten Umorientierung den russischen Markt von neuem und blieben diesem trotz zahlreicher Rückschläge wie der Russlandkrise der späten 1990er Jahre treu. Um die fragilen politischen Beziehungen zu stützen, wurde in Warschau eine »Ökonomisierung« der bilateralen Beziehungen erwogen – ein Plan, aus dem nicht viel wurde, der aber die polnische Kooperationsbereitschaft in einem schwierigen Umfeld zum Ausdruck brachte. Nicht vergessen werden darf auch der Polen-Besuch des damaligen russischen Staatspräsidenten Putin Anfang 2002. Putins Gesten wie etwa die Kranzniederlegung am Denkmal der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa) aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und weitreichende Pläne zur wirtschaftlichen und infrastrukturpolitischen Zusammenarbeit sollten eine Wende im beiderseitigen Verhältnis bringen. Die meisten dieser Initiativen versandeten und wichen beständigen Auseinandersetzungen.

Die gegenwärtige Erwärmung zwischen Warschau und Moskau hat sicherlich mehr Substanz und Nachhaltigkeit als die labilen Zwischenhochs der Vergangenheit. Das Interesse der politischen Führungen in beiden Ländern ist zurzeit zu stark, als dass man den Prozess der polnisch-russischen Annäherung leichten Herzens aus den Händen geben würde. Gerade in Polen will man



die positiven Aspekte im Verhältnis zu Russland einsteilen entschlossen stärken – denn selbst wenn bilateral wenig Greifbares entstehen würde und es »nur« bei einer Stimmungsverbesserung bliebe, möchte Warschau die neuen Beziehungen zu Russland europapolitisch nutzen: Solange Polen ein gutes Verhältnis zu Russland hat, kann es in anderen Bereichen der Ostpolitik (etwa in Sachen Ukraine) am ehesten auf Unterstützung von seinen Partnern in der EU rechnen. Allein deswegen hat Polen wohlwollend auf die Einladung des russischen Außenministers Lawrow zur Zusammenkunft des polnisch-deutsch-französischen Weimarer Dreiecks

Ende Juni 2010 reagiert. Das polnische Regierungslager wird folglich versuchen, seinen pragmatischen Kurs gegenüber Russland mindestens bis zur EU-Ratspräsidentschaft Polens in der zweiten Hälfte 2011 aufrechtzuerhalten, um so lange Rückhalt in Sachen Östliche Partnerschaft und Ostpolitik zu haben. Erst danach, wenn möglicherweise auch die oben erwähnten sicherheits- und energiepolitischen Konflikte durchschlagen, wird sich zeigen, ob die historisch gewachsene Vertrauenskrise zwischen Polen und Russland überwunden und tatsächlich ein Klimawandel zwischen beiden Ländern eingeleitet wurde.

#### Über den Autor

Dr. Kai-Olaf Lang ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, und gehört dort der Forschungsgruppe EU-Integration an.

## Tabellen und Grafiken

### Polnisch-russische Handelsstatistik

#### Der polnische Außenhandelsumsatz nach Ländern im 1. Quartal 2009 und 2010\*

##### Export

	1. Quartal 2010			Entwicklung im Vergleich zum 1. Quartal 2009 (= 100)			1. Quartal 2009	1. Quartal 2010
	in Mio. PLN	in Mio. USD	in Mio. EUR	PLN	USD	EUR	Anteil am Gesamtexport (%)	Anteil am Gesamtexport (%)
Deutschland	8.087,1	2.760,8	1.938,0	100,1	100,2	98,4	27,1	26,2
Frankreich	2.268,1	774,3	543,5	100,6	100,6	98,9	7,6	7,4
Großbritannien	2.135,3	728,9	511,7	110,3	110,3	108,4	6,5	6,9
Tschechische Republik	1.837,1	627,7	440,8	101,0	101,0	99,3	6,1	6,0
Italien	1.642,1	560,6	393,5	82,7	82,8	81,3	6,7	5,3
Niederlande	1.363,8	465,6	326,8	95,4	95,4	93,8	4,8	4,4
<b>Russland</b>	<b>1.224,5</b>	<b>418,0</b>	<b>293,4</b>	<b>123,7</b>	<b>130,1</b>	<b>123,1</b>	<b>3,3</b>	<b>4,0</b>
Spanien	956,0	326,3	229,1	141,6	141,7	139,2	2,3	3,1
Ungarn	854,4	291,7	204,7	114,3	114,3	112,3	2,5	2,8
Schweden	843,6	288,1	202,2	90,9	91,0	89,4	3,1	2,7

\*Es handelt sich hier um die wichtigsten Exportpartner.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt], zitiert nach: Twój Rynek. Biuletyn Informacyjny Wydziału Promocji Handlu i Inwestycji Ambasady RP w Moskwie [Dein Markt. Informationsbulletin der Abteilung für Vermarktung, Handel und Investitionen der Botschaft der Republik Polen in Moskau]. Nr. 5–6/2010, S. 32. <http://moskwa.trade.gov.pl/pl/download/file/f,6460> (abgerufen am 1.07.2010).

## Der polnische Außenhandelsumsatz nach Ländern im 1. Quartal 2009 und 2010\*

### Import

	1. Quartal 2010			Entwicklung im Vergleich zum 1. Quartal 2009 (= 100)			1. Quartal 2009	1. Quartal 2010
	in Mio. PLN	in Mio. USD	in Mio. EUR	PLN	USD	EUR	Anteil am Gesamtimport (%)	Anteil am Gesamtimport (%)
Deutschland	6.974,1	2.381,6	1.672,1	96,2	96,3	94,7	21,3	20,7
<b>Russland</b>	<b>3.948,7</b>	<b>1.352,2</b>	<b>950,5</b>	<b>118,1</b>	<b>118,7</b>	<b>116,8</b>	<b>9,8</b>	<b>11,7</b>
China	3.320,1	1.133,4	795,6	85,9	87,4	84,8	11,3	9,8
Italien	1.954,3	667,2	468,3	97,1	97,1	95,4	5,9	5,8
Frankreich	1.442,3	792,4	345,6	94,9	94,9	93,3	4,5	4,3
Niederlande	1.197,8	408,9	287,0	100,7	100,8	99,0	3,5	3,5
Tschechische Republik	1.196,6	408,5	286,7	120,6	120,7	118,6	2,9	3,5
Republik Korea	978,7	334,1	234,5	98,9	101,5	97,7	2,9	2,9
Großbritannien	888,8	303,4	213,0	86,9	87,0	85,5	3,0	2,6
Vereinigte Staaten von Amerika	884,2	301,8	211,9	84,4	87,0	83,6	3,1	2,6

\*Es handelt sich hier um die wichtigsten Importpartner.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt], zitiert nach: Twój Rynek. Biuletyn Informacyjny Wydziału Promocji Handlu i Inwestycji Ambasady RP w Moskwie [Dein Markt. Informationsbulletin der Abteilung für Vermarktung, Handel und Investitionen der Botschaft der Republik Polen in Moskau]. Nr. 5–6/2010, S. 32. <http://moskwa.trade.gov.pl/pl/download/file/f,6460> (abgerufen am 1.07.2010).

## Der russische Außenhandel nach Ländern\*

### Import 2009

	Mio. USD	Anteil am Gesamtimport (%)
China	21.237	14,01
Deutschland	18.936	12,49
Vereinigte Staaten von Amerika	8.620,69	5,69
Ukraine	8.392,43	5,54
Frankreich	7.842,52	5,17
Italien	6.971,83	4,60
Japan	6.848,15	4,52
EU	5.336,13	3,52
Republik Korea	4.544,83	3,00
<b>Polen</b>	<b>3.749,92</b>	<b>2,47</b>

\*Es handelt sich hier um die wichtigsten Importpartner.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt], zitiert nach: Twój Rynek. Biuletyn Informacyjny Wydziału Promocji Handlu i Inwestycji Ambasady RP w Moskwie [Dein Markt. Informationsbulletin der Abteilung für Vermarktung, Handel und Investitionen der Botschaft der Republik Polen in Moskau]. Nr. 5–6/2010, S. 40–41. <http://moskwa.trade.gov.pl/pl/download/file/f,6460> (abgerufen am 1.07.2010)

## Der russische Außenhandel nach Ländern\* Import 1. Quartal 2010

	Mio. USD	Anteil am Gesamtimport (%)
China	6.707,16	17,62
Deutschland	4.435,32	11,65
Ukraine	2.474,94	6,50
Frankreich	1.692,32	4,45
Italien	1.680,43	4,41
Vereinigte Staaten von Amerika	1.608,23	4,22
Japan	1.498,87	3,94
Republik Korea	1.211,97	3,18
Kasachstan	1.173,59	3,08
<b>Polen</b>	<b>1.118,5</b>	<b>2,94</b>

\*Es handelt sich hier um die wichtigsten Importpartner.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt], zitiert nach: Twój Rynek. Biuletyn Informacyjny Wydziału Promocji Handlu i Inwestycji Ambasady RP w Moskwie [Dein Markt. Informationsbulletin der Abteilung für Vermarktung, Handel und Investitionen der Botschaft der Republik Polen in Moskau]. Nr. 5–6/2010, S. 40–41. <http://moskwa.trade.gov.pl/pl/download/file/f,6460> (abgerufen am 1.07.2010)

## Der russische Außenhandel nach Ländern\* Export 2009

	Mio. USD	Anteil am Gesamtexport (%)
Niederlande	35.568,1	14,63
Italien	20.909,7	8,60
China	16.316,8	6,71
Türkei	12.711,6	5,23
Deutschland	12.257,2	5,04
<b>Polen</b>	<b>10.087,1</b>	<b>4,15</b>
Ukraine	9.567,72	3,93
Kasachstan	8.997,38	3,70
Finnland	8.901,52	3,66
Vereinigte Staaten von Amerika	8.372,93	3,44

\*Es handelt sich hier um die wichtigsten Exportpartner.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt], zitiert nach: Twój Rynek. Biuletyn Informacyjny Wydziału Promocji Handlu i Inwestycji Ambasady RP w Moskwie [Dein Markt. Informationsbulletin der Abteilung für Vermarktung, Handel und Investitionen der Botschaft der Republik Polen in Moskau]. Nr. 5–6/2010, S. 42. <http://moskwa.trade.gov.pl/pl/download/file/f,6460> (abgerufen am 1.07.2010).

## Der russische Außenhandel nach Ländern\*

### Export 1. Quartal 2010

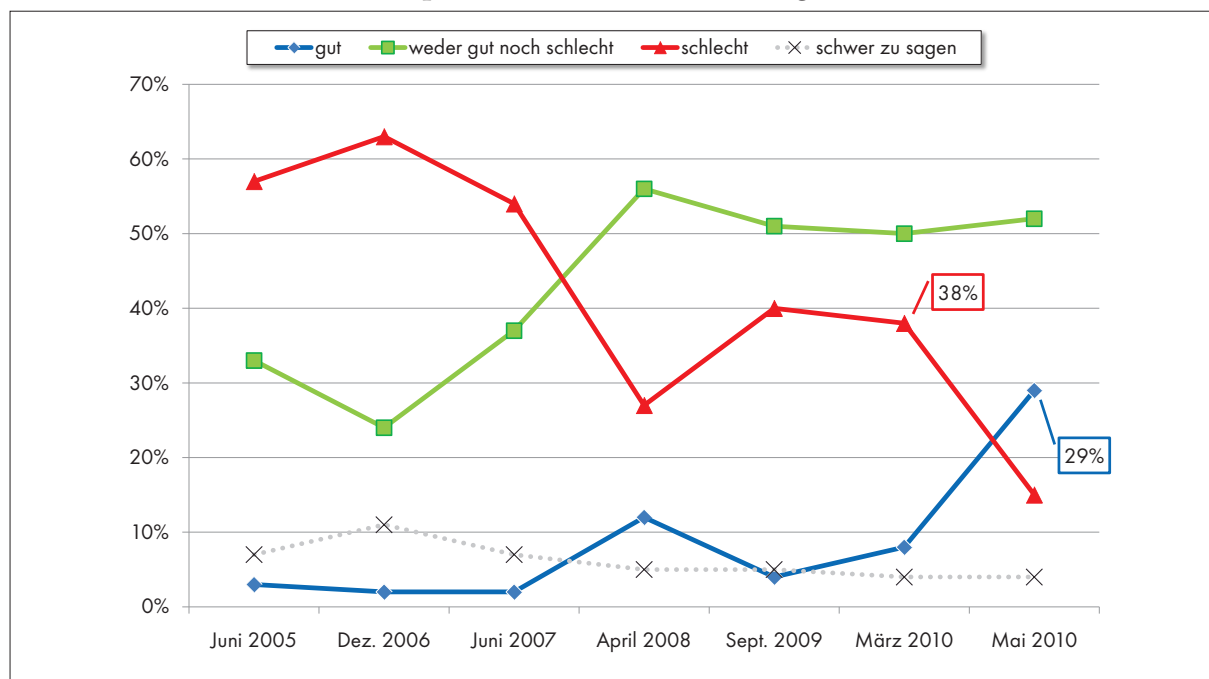
	Mio. USD	Anteil am Gesamtexport (%)
Niederlande	12.685,5	16
Italien	6.828,7	9
China	4.904,8	6
Deutschland	4.628,6	6
Türkei	4.512,6	6
Ukraine	3.638,1	5
<b>Polen</b>	<b>3.229,3</b>	<b>4</b>
Finnland	2.941,5	4
Japan	2.634,4	3
Frankreich	2.388	3

\*Es handelt sich hier um die wichtigsten Exportpartner.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt], zitiert nach: Twój Rynek. Biuletyn Informacyjny Wydziału Promocji Handlu i Inwestycji Ambasady RP w Moskwie [Dein Markt. Informationsbulletin der Abteilung für Vermarktung, Handel und Investitionen der Botschaft der Republik Polen in Moskau]. Nr. 5–6/2010, S. 42. <http://moskwa.trade.gov.pl/pl/download/file/f,6460> (abgerufen am 1.07.2010).

## Die polnische Sicht auf die polnisch-russischen Beziehungen

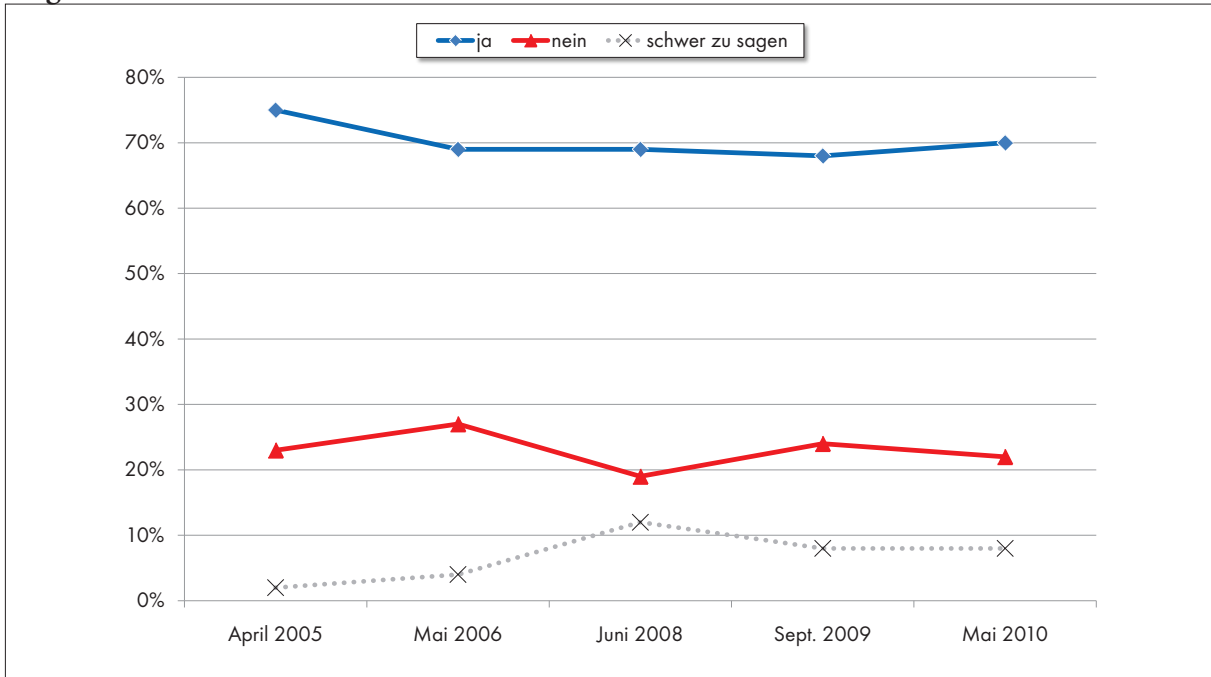
### Wie beurteilen Sie die aktuellen polnisch-russischen Beziehungen?



Quelle: CBOS, BS/74/2010: *Opinie o stosunkach polsko-rosyjskich* [Meinungen über die polnisch-russischen Beziehungen]. Warszawa 06/2010. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

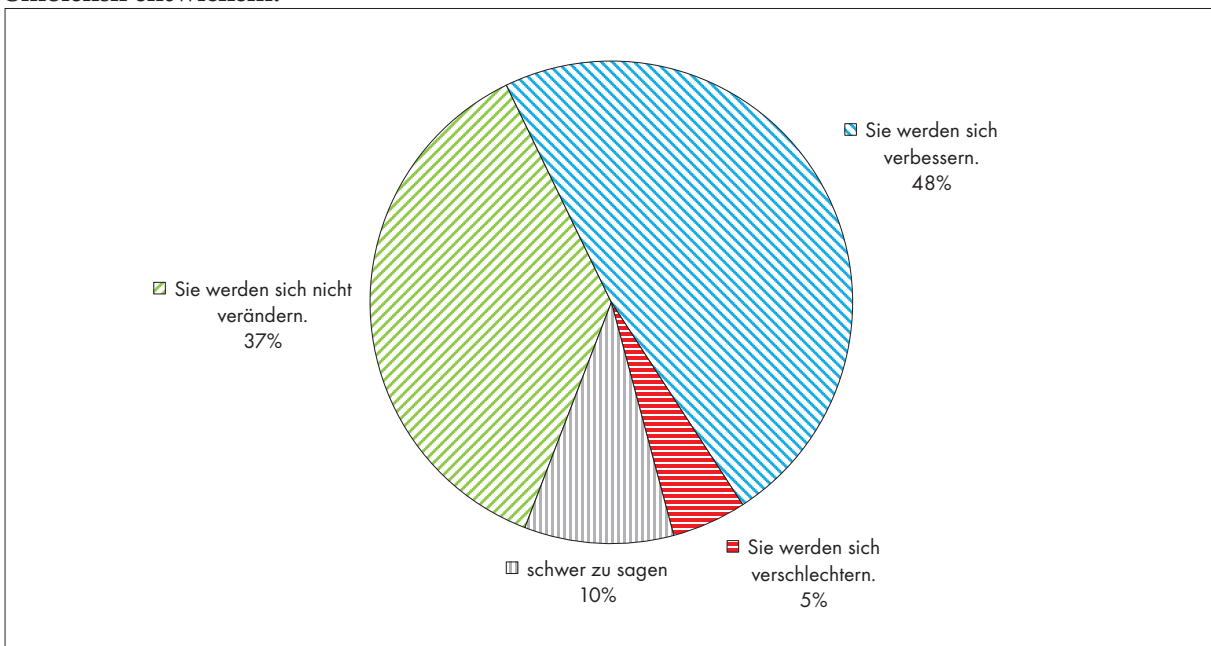


**Sind freundschaftliche und partnerschaftliche Beziehungen zwischen Polen und Russland möglich?**



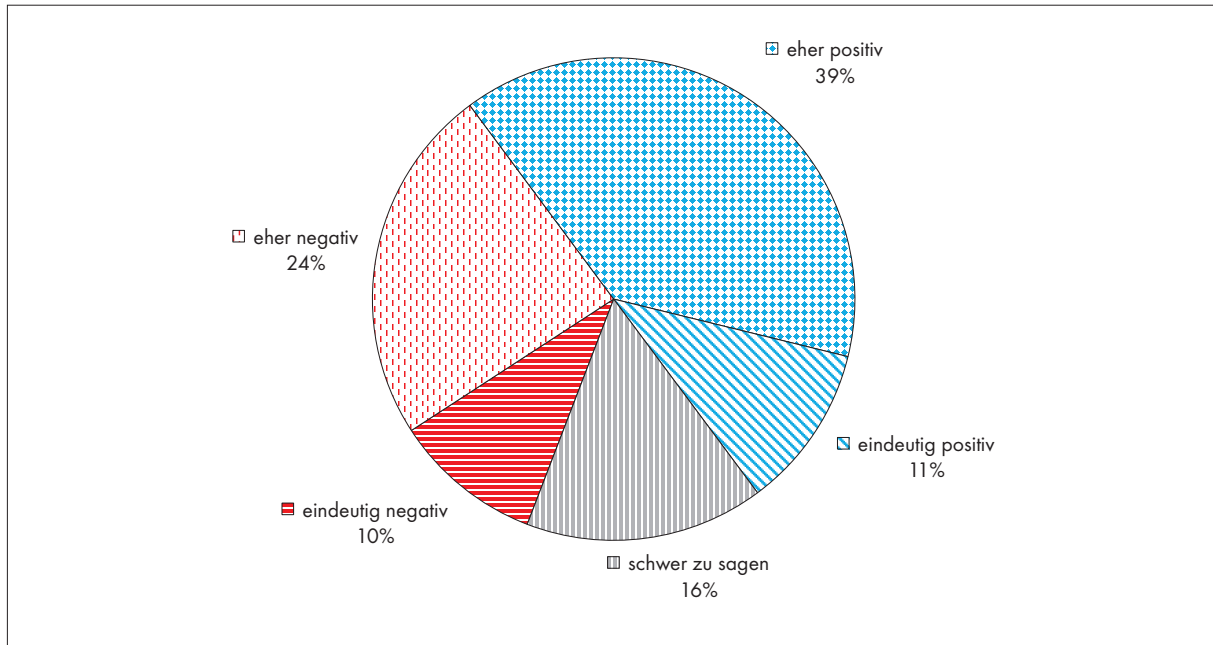
Quelle: CBOS, BS/74/2010: *Opinie o stosunkach polsko-rosyjskich [Meinungen über die polnisch-russischen Beziehungen]*. Warszawa 06/2010. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Wie werden sich die polnisch-russischen Beziehungen nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk entwickeln?**



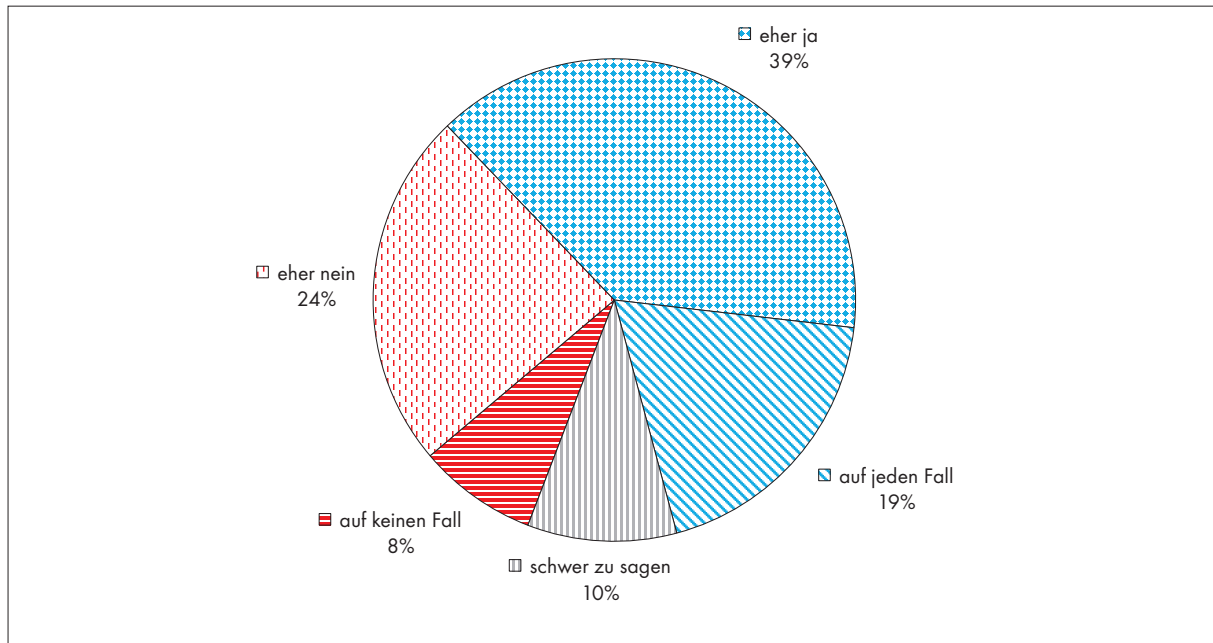
Quelle: CBOS, BS/74/2010: *Opinie o stosunkach polsko-rosyjskich [Meinungen über die polnisch-russischen Beziehungen]*. Warszawa 06/2010. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Wie beurteilen Sie die Aktivitäten der russischen Seite, um die Ursachen der Flugzeugkatastrophe von Smolensk aufzuklären?



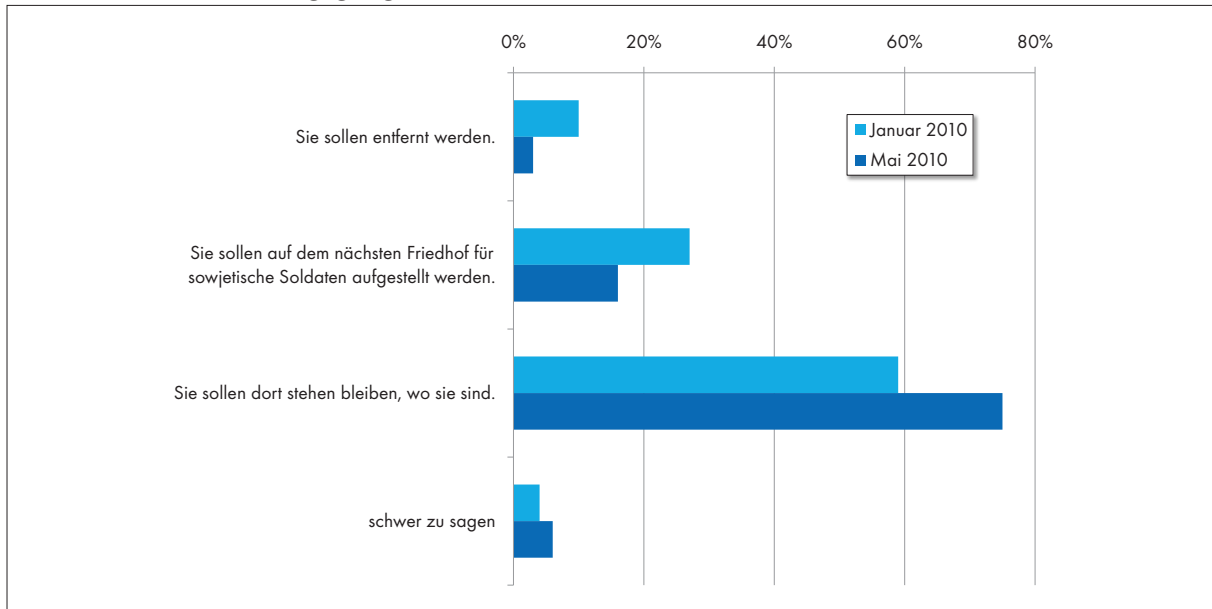
Quelle: CBOS, BS/74/2010: *Opinie o stosunkach polsko-rosyjskich [Meinungen über die polnisch-russischen Beziehungen]*. Warszawa 06/2010. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Liegt Ihrer Meinung nach der russischen Seite daran, die Ursachen der Flugzeugkatastrophe von Smolensk aufzuklären?



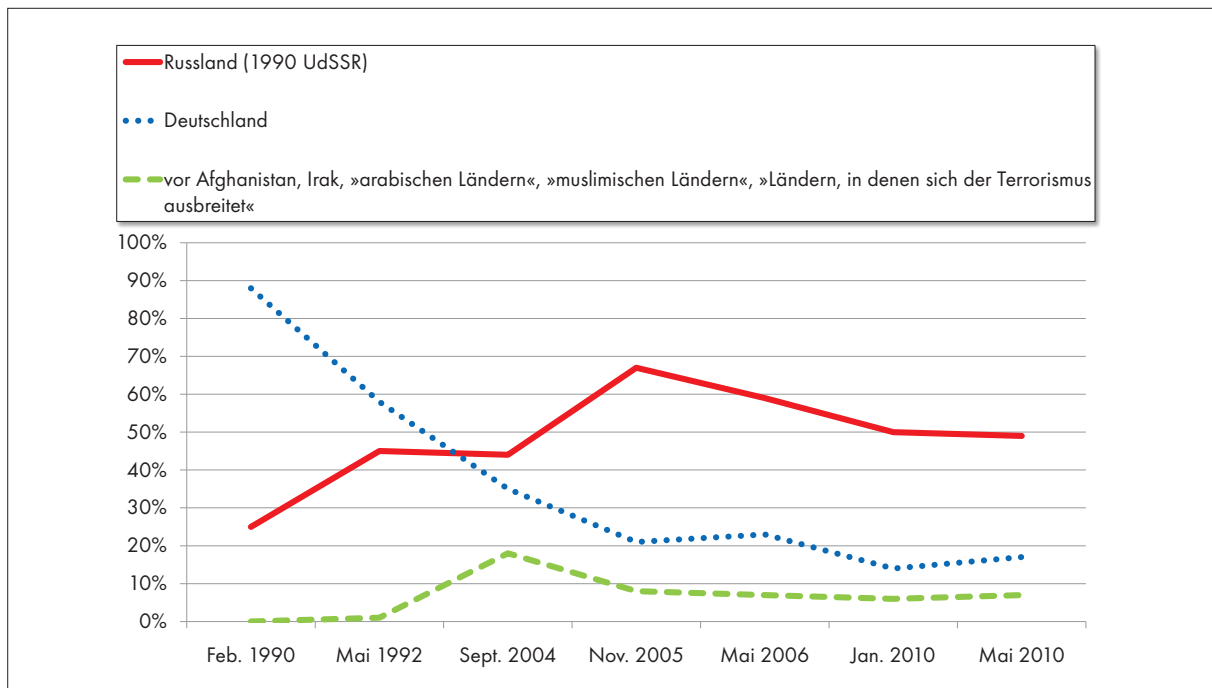
Quelle: CBOS, BS/74/2010: *Opinie o stosunkach polsko-rosyjskich [Meinungen über die polnisch-russischen Beziehungen]*. Warszawa 06/2010. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

In einigen polnischen Städten stehen Denkmäler für die sowjetischen Soldaten. Wie soll mit diesen Denkmälern umgegangen werden?



Quelle: CBOS, BS/74/2010: *Opinie o stosunkach polsko-rosyjskich* [Meinungen über die polnisch-russischen Beziehungen]. Warszawa 06/2010. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Vor welchen Ländern sollte Polen am meisten Angst haben? (%)



Siehe auch die Tabelle auf der nächsten Seite.

Quelle: CBOS, BS/74/2010: *Opinie o stosunkach polsko-rosyjskich* [Meinungen über die polnisch-russischen Beziehungen]. Warszawa 06/2010. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

### Vor welchen Ländern sollte Polen am meisten Angst haben? (%)

	Feb. 1990	Mai 1992	Sept. 2004	Nov. 2005	Mai 2006	Jan. 2010	Mai 2010
<b>Russland (1990 UdSSR)</b>	25	45	44	67	59	50	49
Deutschland	88	58	35	21	23	14	17
vor Afghanistan, Irak, »arabischen Ländern«, »muslimischen Ländern«, »Ländern, in denen sich der Terrorismus ausbreitet«	0	1	18	8	7	6	7
Vereinigte Staaten von Amerika	2	2	5	5	3	5	7
China	-	-	-	-	3	2	4
Belarus	-	3	5	12	11	2	3
Iran	-	-	-	-	3	2	2
Ukraine	3	30	5	7	5	2	2
vor keinen, Polen hat keine Feinde	3	5	6	5	7	20	20
schwer zu sagen	3	8	12	10	16	14	16

Quelle: CBOS, BS/74/2010: *Opinie o stosunkach polsko-rosyjskich [Meinungen über die polnisch-russischen Beziehungen]*. Warszawa 06/2010. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

## Chronik

### Vom 15. Juni bis zum 05. Juli 2010

15.06.2010	Nach einem weiteren Todesopfer unter den polnischen Soldaten beim Einsatz in Afghanistan spricht sich Verteidigungsminister Bogdan Klich für einen Abzug der polnischen Streitkräfte bis 2013 aus. Bisher sind 18 polnische Soldaten beim Afghanistan-Einsatz ums Leben gekommen.
17.06.2010	Beim Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel bekräftigt Ministerpräsident Donald Tusk erneut, dass es bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU keine Unterscheidung der Mitgliedsländer hinsichtlich der Zugehörigkeit zur Euro-Zone geben dürfe.
17.06.2010	Die Europäische Kommission weist Polen darauf hin, dass die zu Ende November 2009 angemahnte Umsetzung der EU-Richtlinie über das Management von Hochwasserrisiken nicht durchgeführt worden sei. Ungeachtet dessen werde die Europäische Kommission einen Antrag Polens auf Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union angesichts des Hochwassers in Polen zügig prüfen.
18.06.2010	Das Wahlkampfteam des Präsidentschaftskandidaten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, stellt eine öffentliche Debatte über das Gesundheitssystem zwischen Kaczyński und dem Kandidaten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Bronisław Komorowski, nach dem ersten Wahlgang in Aussicht. Vorher hatte die PO eine öffentliche Diskussion über verschiedene Themen, u. a. das Gesundheitswesen, vorgeschlagen, was Kaczyński zunächst abgelehnt hatte.
19.06.2010	Im Zusammenhang mit dem Jahrestag des Posener Aufstands im Juni 1956 wird in Posen ein Obelisk zur Erinnerung an die Rechtsanwälte der Volksrepublik enthüllt, die die strafrechtliche Verteidigung derer übernommen hatten, die wegen politischer Vergehen angeklagt worden waren.
20.06.2010	In Polen finden die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen statt. Der Staatspräsident wird vom Volk gewählt.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)



21.06.2010	Nach Angaben der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) hat der Präsidentschaftskandidat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Bronisław Komorowski, 41,54 % und der Kandidat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, 36,46 % der Stimmen erhalten. Der von der Linken aufgestellte Bewerber Grzegorz Napieralski erhielt 13,68 % der Stimmen. Insgesamt hatten zehn Personen für das Amt des Staatspräsidenten kandidiert. Die Wahlbeteiligung betrug 54,94 %. Zwischen Komorowski und Kaczyński wird am 4. Juli eine Stichwahl stattfinden.
22.06.2010	Nach einem Vieraugengespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak bekräftigt Ministerpräsident Donald Tusk, dass das Bestehen der Koalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) bis Ende der Amtszeit nicht gefährdet sei. Beide Politiker wenden sich damit gegen Gerüchte über einen Zerfall des Regierungsbündnisses.
23.06.2010	Nach Einschätzung des Finanzministers Jacek Rostowski ist in Anbetracht des gegenwärtigen Anstiegs der Produktion im industriellen Sektor ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts auf 3,5 % im Jahr 2010 realistisch.
23.06.2010	Bei der Eröffnung des XIV. Deutsch-Polnischen Forums in Warschau erklärt die Vorsitzende des Forums und Polen-Beauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Cornelia Pieper, es habe sich bei dem an sie gerichteten Vorwurf der Einmischung in die Staatspräsidentenwahl in Polen um ein Missverständnis gehandelt. Ein enges Gespräch unter Freunden bedeute keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, geschweige denn Bevormundung, so Pieper. Anfang der Woche hatte die Staatsministerin vor Journalisten gesagt, die bevorstehende Stichwahl zwischen Jarosław Kaczyński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Bronisław Komorowski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) sei die Entscheidung, Polen zurück ins politische Abseits oder vorwärts in die Euro-Zone zu führen.
24.06.2010	In einem Interview mit der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« sagt Schatzminister Aleksander Grad, Ziel der Regierung sei es, Warschau zum Finanzzentrum von Mittel- und Osteuropa zu machen. Dafür sei es nötig, die größten Finanzinstitute der Welt zur Eröffnung eines Sitzes in Warschau zu bewegen und die Warschauer Börse zu stärken. Außerdem sollen bis Ende 2011 ca. 800 Betriebe privatisiert werden, was für das Jahr 2010 Einnahmen von 25 Mrd. Zloty und für 2011 Einnahmen von 7 Mrd. Zloty bedeuten würde. Dieses Jahr habe der polnische Staat bisher 1,8 Mrd. Zloty an der Privatisierung von Betrieben verdient.
26.06.2010	Auf dem Landesparteitag der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) wird Ministerpräsident Donald Tusk mit 858 Ja-Stimmen, elf Gegenstimmen und drei Enthaltungen in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt. Tusk hatte keinen Gegenkandidaten.
27.06.2010	In einer Fernsehdebatte diskutieren die Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten, Bronisław Komorowski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) und Jarosław Kaczyński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), über Fragen der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik.
28.06.2010	In einem Brief an die Angehörigen des Militärs, der Polizei, des Grenzschutzes und des Gefängnispersonals versichert Ministerpräsident Donald Tusk, dass während seiner Regierungszeit keine Änderungen der Bedingungen für den Renteneintritt vorgenommen werden. Dies gelte auch für die Höhe der Rentenzahlungen für die bereits in den sogenannten uniformierten Diensten Beschäftigten. Tusk widerspricht damit Gerüchten, dass die Regierung eine einschneidende Rentenreform in diesem Bereich vorbereite, was vor allem im Militär Proteste hervorgerufen hatte.
29.06.2010	Der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, teilt mit, er gebe den Wählern, die seine Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten im ersten Wahlgang unterstützt hatten, keine Wahlempfehlung für die bevorstehende Stichwahl zwischen dem Kandidaten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und dem der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO). Er rufe die Bürger aber auf, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.
30.06.2010	In einer zweiten Fernsehdebatte diskutieren die Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten, Bronisław Komorowski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) und Jarosław Kaczyński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), erneut über Fragen der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

02.07.2010	In Krakau beginnt eine dreitägige internationale Konferenz der vor zehn Jahren begründeten Gemeinschaft der Demokratien (Community of Democracies) mit Diskussionen über Armut, Gleichberechtigung und globale Gefahren für die demokratische Entwicklung. Initiatoren der Organisation im Jahr 2000 waren die damaligen Außenminister Bronisław Geremek (Polen) und Madeleine Albright (USA). An der Konferenz nehmen hochrangige Vertreter der Politik sowie von Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen und Demokratieinitiativen aus 70 Staaten teil.
03.07.2010	In Krakau unterzeichnen die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton und ihr polnischer Amtskollege Radosław Sikorski den Annex zum Raketenschutz-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Polen. Dieser sieht die Stationierung mobiler SM-3 Raketen in Nordpolen bei Stolp (Słupsk) vor. Sikorski und Clinton heben den Verteidigungscharakter des vereinbarten Abwehrsystems für Mitteleuropa hervor. Mit Blick auf die Russische Föderation stellt Sikorski die Möglichkeit von Inspektionen des Systems in Aussicht.
04.07.2010	In Polen findet die Stichwahl zwischen dem Präsidentschaftskandidaten der Bürgerplattform ( <b>Platforma Obywatelska – PO</b> ), Bronisław Komorowski, und dem Kandidaten von Recht und Gerechtigkeit ( <b>Prawo i Sprawiedliwość – PiS</b> ), Jarosław Kaczyński, statt. Der Staatspräsident wird vom Volk gewählt.
05.07.2010	Nach Angaben der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) wurde der Kandidat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Bronisław Komorowski, am Vortag mit 53,01 % der Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Sein von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) aufgestellter Gegenkandidat, Jarosław Kaczyński, erhielt 46,99 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 55,31 %.

## Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)  
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2010 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)